

## **Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW vom 18. Februar 2021**

**Anlässlich des rassistischen Anschlages in Hanau fordert der Landesintegrationsrat NRW:**

### **Solidarität mit Opfern, Hinterbliebenen und Verletzten lückenlose Aufklärung der Versäumnisse Wertschätzung der kulturellen Vielfalt**

Am Jahrestag des rassistischen Anschlages in Hanau am 19. Februar 2020, bei dem Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin starben, fordert der Landesintegrationsrat NRW das Bedrohungspotenzial von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus für unsere Gesellschaft ernst zu nehmen und Maßnahmen zu seiner nachhaltigen und umfassenden Bekämpfung zu entwickeln.

„Der Staat ist zunächst in der Pflicht, den Hinterbliebenen bei ihren berechtigten Forderungen beizustehen. Ihr Leid und Schmerz darf nicht in Vergessenheit geraten,“ so Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW. Denn ein Jahr nach der Tat haben die Menschen mit internationaler Familiengeschichte berechtigte Fragen im Hinblick auf die Hintergründe der Tat und des Täters.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Sicherheitsbehörden keine Lehren aus dem NSU-Skandal gezogen haben und die Rechtsextremisten nach wie vor ihren Umtrieben nachgehen können. Auch die offizielle Erklärung, dass es sich um einen Einzeltäter handelte, ist zu simpel und grenzt an Verharmlosung von Rechtsterrorismus. Denn in Deutschland existiert ein weit verzweigtes Netzwerk von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, das aktiv zur Radikalisierung der Einzelpersonen beiträgt.

Tayfun Keltek macht deutlich: „Die Überwindung von Rassismus und Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die ernsthaft und stetig vorangetrieben werden muss. Struktureller Rassismus in Behörden und Bildungseinrichtungen muss endlich konsequent abgebaut werden. Auch ist der Reproduktion rassistischer Stereotype in der Medienlandschaft und in sozialen Netzwerken Einhalt zu gebieten. Die vielfältigen Potenziale in unserer durch Einwanderung geprägten Gesellschaft müssen viel mehr als bisher Wertschätzung erfahren. Viel zu schnell werden Menschen mit internationaler Familiengeschichte zum Sündenbock für Missstände gemacht, die eigentlich im Verantwortungsbereich des Staates liegen.“

Abschließend fordert Keltek, die lückenlose Aufklärung nicht nur der Morde von Hanau, sondern auch der NSU-Morde sowie anderer rassistischer Anschläge wie sie sich in Mölln, Solingen und Halle ereignet haben. „Derartiges darf sich in unserer Gesellschaft niemals wieder ereignen,“ so Keltek. „Die Chance zu einer umfassenden Aufklärung ist jetzt gegeben und muss jetzt genutzt werden!“